



16. Dezember 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist in vollem Gange. Sie ist ein ergebnisoffener Prozess, in dem Parlamentarier, Gewerkschaften und Arbeitgeber, Bürgerinnen und Bürger, sowie die organisierte Zivilgesellschaft ihre Reformvorschläge einbringen sollen, damit die Europäische Union für die neuen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewappnet ist. Die heutige Ausgabe umfasst drei Beiträge. Der [erste Beitrag](#) bejaht nicht nur die EU, er ermutigt, indem er die mögliche Zukunft der EU skizziert – eine lebenswerte Zukunft, in der Bürger*innen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Der [zweite Beitrag](#) diskutiert das oft angemahnte Demokratiedefizit der EU, blickt jedoch nicht wie üblich auf ihren institutionellen Rahmen, sondern verweist auf die politischen Machtverhältnisse in den Mitgliedsstaaten als größtes Hindernis für eine handlungsfähige EU. Mit der Frage der Europäischen Souveränität und strategischen Autonomie beschäftigte sich der [November-Workshop](#) mit den europäischen Dachgewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund, organisiert von DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine angenehme Lektüre wünscht
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender



Zurück in die Zukunft – die Europäische Union im Jahr 2030



DGB/Alessandro Bianco/123rf.com

Orkan Beverly richtet im Herbst 2022 in weiten Teilen der EU verheerende Schäden an und rückt das Thema Klimawandel in das Zentrum der europäischen Politik und Gesellschaft. In Massenprotesten fordern die Bürger*innen konkrete und drastische Maßnahmen von ihren Regierungen. Was dann passiert, ist (eine) Geschichte.

 [zum Beitrag](#)



Ist die EU demokratisch genug?



DGB

Die Debatte rund um das Demokratiedefizit der EU zieht sich bereits seit Jahren und ist wenig zielführend. Die EU leidet weniger unter ihrer eigenen institutionellen Architektur als unter den politischen Machtverhältnissen in den Mitgliedstaaten, die sich kaum für das gemeinsame europäische Interesse einsetzen. Diese Machtverhältnisse führen dazu, dass die EU nicht mehr die Ergebnisse liefern kann, die wir brauchen. Sie ist in Krisen nicht handlungsfähig – weil sie von den Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig gemacht wird.



[zum Beitrag](#)

Strategische Autonomie für ein soziales und souveränes Europa



DGB/lightwise/123RF.com

Während bis zum Vertrag von Lissabon die Errichtung einer politischen Union auf der Agenda stand, geriet dieses Fahrwasser seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ins Schlingern. Im [Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union](#) stellte Kommissionspräsident Juncker fünf Szenarien zur Wahl, vom Rückschnitt auf einen Binnenmarkt zur Bildung einer politischen Union. Die Corona-Krise und die Klimaerwärmung machen eine globale Neuausrichtung erforderlich, da eine Zielerreichung durch nationale Alleingänge nicht möglich ist. Der DGB griff die Frage nach der Neugestaltung der europäischen Architektur gemeinsam mit der Friedrich Ebert Stiftung (FES) auf und diskutierte sie mit den europäischen Gewerkschafts-Dachverbänden und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) [im November 2021](#).



[zum Beitrag](#)

Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand

Europa und Internationales

Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324

E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales

[Newsletter abbestellen](#)

[Newsletter-Einstellungen ändern](#)